



**Projektland: Indonesien**

**Quartal/Jahr: Juli – September 2010**

## **Politischer Bericht**

### **1. Innenpolitik – Religiös motivierte Gewalt in Indonesien nimmt zu**

**Zunehmende Übergriffe auf religiöse Einrichtungen der Minderheiten**

**Sharia-Regionalverordnungen in indonesischen Provinzen**

**Anwendung des Anti-Pornographiegesetzes in Indonesien und Einschränkung der Meinungsfreiheit**

**Kritik am Präsidenten für laxen Umgang mit Korruption**

### **2. Außenpolitik – Grenzkonflikte mit Malaysia immer noch ungelöst**

**Bilaterale Beziehungen zwischen Malaysia und Indonesien weiterhin angespannt**

**Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien**

### **3. Wirtschaft – Java bleibt Investitionsziel Nummer eins**

**Aktuelle Wirtschaftslage**

**Redenomination der Rupiah – Gemischte Gefühle**

#### **4. Sonstiges**

**Norwegen unterstützt Indonesien im Kampf gegen den Klimawandel**

**Umsiedlung der Hauptstadt diskutiert**

#### **1. Innenpolitik – Religiös motivierte Gewalt in Indonesien nimmt zu**

##### **Zunehmende Übergriffe auf religiöse Einrichtungen der Minderheiten**

Die Anzahl religiös motivierter Gewalttaten hat in Indonesien in den letzten Jahren drastisch zugenommen. So wurden seit 2007 durch die Islamische Verteidigungsfront (FPI) und die ethnische Gruppierung FBR (Forum Betawi Rempung) insgesamt 107 gewalttätige Übergriffe auf religiöse Minderheiten verübt. Lediglich 36 dieser Attacken wurden jedoch vor Gericht gebracht. Die Urteile in diesen Fällen fielen meist sehr milde aus. Die indonesische Regierung geriet dafür stark in Kritik.

Trotz teils massiven Polizeiaufgebots vor christlichen Gottesdiensten gelang es Mitgliedern der FPI am 8. August, die HKBP Gemeinde (Protestantische Gemeinde der Batak) in Bekasi, einem Vorort von Jakarta, während einer Messe zu attackieren. Bei dem Angriff, bei dem laut Zeugenaussagen auch Frauen und Kinder geschlagen wurden, gab es mehrere Dutzend Verletzte. Die FPI beruft sich bei ihren Attacken zumeist auf fehlende Baugenehmigungen der Kirchen, welche von den Lokalverwaltungen häufig auch nachträglich entzogen werden. Am 12.09.2010 erreichte die Gewalt einen vorläufigen Höhepunkt, als ein protestantischer Pfarrer der HKBP durch Messerstiche schwer verletzt wurde. Die Polizei verdächtigt die FPI der Tat. Auf politischen Druck der nationalen Parteien wurden neun Verdächtige festgenommen, darunter auch der Anführer der FPI in Bekasi. Laut offiziellen Verlautbarungen der Polizei war der Anschlag allerdings nicht religiös motiviert.

Nach einer Studie des *Setara Institute for Democracy and Peace* gab es im ersten Halbjahr 2010 bereits 28 Angriffe auf christliche Einrichtungen und damit schon deutlich mehr als in den Jahren 2008 (17) und 2009 (18). Die offensichtliche Duldung der islamischen Gruppierungen durch die Lokalverwaltung, die in manchen Fällen sogar die Züge einer Kooperation annimmt, ist ein Affront gegen die indonesische Staatsphilosophie Pancasila, die die sechs Weltreligionen als gleichwertig anerkennt und den Schutz religiöser

Minderheiten vorsieht. Auffallend ist, dass die Vorfälle überwiegend im Umland von Jakarta stattfinden, in denen zumeist Arbeiter aus unterschiedlichen Regionen Indonesiens leben. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Provinz Westjava mit den Städten Bandung und Bogor, in der bereits in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts ein islamistischer Kampf gegen den ehemaligen Präsidenten Sukarno ausgetragen wurde. In diesen Gebieten gehören viele der Landräte und Bürgermeister der islamistischen Partei PKS (Partei der Sozialen Wohlfahrt) an. Auch der Gouverneur von Westjava ist ein Mitglied dieser Partei.

Nicht nur christliche Einrichtungen wurden wiederholt Opfer gewalttätiger Übergriffe, sondern auch die muslimische Sekte *Jemah Ahmadiyah*, welche Muhammad nicht als letzten Propheten ansieht: Zahlreiche Mitglieder dieser Sekte wurden aus ihren Dörfern vertrieben. Vielfach verweigern die Behörden ihnen außerdem die Ausstellung von Personaldokumenten.

Die Regierung in Jakarta reagierte lange Zeit nicht auf diese Vorkommnisse. Erst in letzter Zeit äußerte sich Präsident SBY zu Fragen des Zusammenlebens unterschiedlicher religiöser Gruppen und wendet sich gegen die Scharfmacher aus der FPI. Aktuell diskutiert das Parlament über ein Verbot der beiden radikalislamischen Organisationen FPI und FBR. Der indonesische Innenminister Gamawan Fauzi schlug vor, gewalttätige Organisationen nach dreimaliger Ermahnung aufzulösen.

### **Sharia-Regionalverordnungen in indonesischen Provinzen**

Die zunehmende Islamisierung in Indonesien lässt sich durch Umfrageergebnisse belegen. So erheben fast 60% der Muslime Einwände, falls in ihrer Nachbarschaft eine nicht-muslimische Glaubensstätte errichtet wird. Im Jahr 2002 betrug diese Zahl lediglich 40%. Die wachsende Intoleranz ist sicherlich auf die zunehmend radikale Interpretation des Islams durch Prediger in den Moscheen des Landes zurückzuführen. Die Einführung von Regionalverordnungen nach Sharia-Recht unterstützt diese Tendenzen. Die Regionalverordnungen sind neben dem staatlichen Recht für alle in den betroffenen Provinzen lebenden Muslime bindend. Allerdings verstoßen diese Verordnungen gegen die indonesische Verfassung (Pancasila) sowie das Prinzip des Pluralismus und benachteiligen Frauen und Minderheiten. Die häufigsten Verordnungen, die in indonesischen Distrikten und Städten eingeführt wurden, sind der Verhüllungszwang für Frauen, das Zitieren des Korans als Voraussetzung für Hochschulzulassungen, strenge Moralvorschriften und das Verbot von Alkohol, Glücksspiel und Prostitution. Die Überwachung dieser Vorschriften liegt bei den

lokalen Polizeikräften Polisi Pamong Praja (PolPP). Aufgrund der unzureichenden Befugnisse dieser Sicherheitskräfte werden Verstöße jedoch kaum geahndet. Eine Ausnahme bildet die Provinz Aceh, in der das Sharia-Recht bereits 2004 eingeführt wurde. Bei Missachtung der Verordnungen sieht das Sharia-Recht Bestrafungen vor, die von Stockschlägen und öffentlicher Bloßstellung der Delinquenten bis hin zu Steinigungen im Falle von Ehebruch oder vorehelichen Beziehungen reichen. Bisher wurden aber auch von den lokalen Behörden in Aceh nur „weiche“ Bestrafungen angewandt. Ein prominentes Beispiel ist die sogenannte Jeans-Razzia in Westaceh Ende August 2010, bei der Frauen gezwungen wurden, ihre Jeans gegen bodenlange Röcke auszutauschen, in welchen die femininen Körperformen nicht mehr sichtbar sind. Ladenbesitzern, die solche Kleidung im Angebot haben, wurden harte Sanktionen angedroht. Neben der Provinz Aceh bestehen in folgenden Provinzen Sharia-ähnliche Verordnungen: Westsumatra, Lampung, Banten, Westjava, Südsulawesi und West Nusa Tenggara. Aufsehen erregte Mitte Juli die Verurteilung von zwei Sharia-Polizisten, die Anfang Januar 2010 eine 20-jährige Studentin in Aceh vergewaltigt hatten, nachdem sie sie wegen „unzüchtigen Verhaltens“ mit ihrem Freund verhaftet hatten. Die beiden Polizisten wurden jedoch nicht nach Sharia-Recht, sondern nach nationalem Recht verurteilt. Sie erhielten Haftstrafen von acht Jahren.

### **Anwendung des Anti-Pornographiegesetzes in Indonesien und Einschränkung der Meinungsfreiheit**

Der Skandal um den bekannten indonesischen Popsänger Ariel der Gruppe Peter Pan, der pornographische Aufnahmen von sich und seiner Freundin veröffentlicht hatte, war der Anlass für weitere Maßnahmen der Regierung, dem moralischen Verfall in Indonesien zu begegnen. Vorkämpfer dieser Aktion ist der PKS-Politiker Tifatul Sembiring als Minister für Information und Kommunikation. Er ordnete an, pornographische Inhalte im Internet ab dem heiligen Monat Ramadhan (Beginn am 10.08.2010) zu sperren. Dafür wurde ein Budget von etwa 110 Millionen USD veranschlagt. Von der Tatsache abgesehen, dass es technisch unmöglich ist, geschätzte 400 Millionen Webseiten komplett zu sperren, stellt sich die Frage nach der Transparenz dieser willkürlich wirkenden Zensur. Nachdem die Zensur implementiert wurde, beklagten sich zahlreiche Internetnutzer über langsamere Verbindungen und darüber, dass viele Internetseiten nicht mehr zugänglich waren. Tifatul Sembiring begründet seine Aktion mit dem Schutz der Moral in Indonesien, der vor allem für Kinder von großer Bedeutung ist. Ein weiteres Beispiel für die Anwendung des Anti-Porno Gesetzes ist die Verurteilung des Chefredakteurs des indonesischen Playboymagazins, Erwin Arnada, zu zwei Jahren Haft wegen Unanständigkeit. Obwohl die indonesische

Angabe keinerlei pornographisches Material beinhaltet, wurde Arnada auf Druck der FPI in zweiter Instanz verurteilt, nachdem er zuvor von allen Vorwürfen freigesprochen worden war.

### **Kritik am Präsidenten für laxen Umgang mit Korruption**

Nicht nur von der Indonesischen Corruption Watch (ICW), sondern auch von mehreren anderen indonesischen Organisationen erntete der Präsident in letzter Zeit zunehmend Kritik an seinem Umgang mit Korruptionsskandalen in Indonesien. Besonders kritisiert werden die niedrigen Strafen für Personen, die wegen Korruption verurteilt wurden. Jedes Jahr werden zum islamischen Feiertag Idul Fitri großzügige Begnadigungen auch für Mitglieder dieser Personengruppe gewährt. Der Präsident verteidigte sein Vorgehen, indem er zu Geduld und einer sorgfältigen Wortwahl im Umgang mit sensiblen Themen mahnte.

Prominentester Korruptionsfall im ersten Halbjahr 2010 war der Skandal um ungebührlich hohe Bankkonten und Besitzstände von 23 hochrangigen Polizeibeamten, die die Zeitschrift Tempo mit dem Artikel „Korruption innerhalb der Polizei“ aufgedeckt hatte. Die sich über mehrere Wochen hinziehenden Untersuchungen der Polizeibehörde wurden als unzureichend eingestuft und veranlassten Rechtsexperten und Abgeordnete dazu, die Gründung einer unabhängigen Sonderkommission zur Untersuchung der Fälle zu verlangen. Der Polizei wurde zudem vorgeworfen, zu wenig interne Kontroll-Instanzen zu besitzen. Behindert wird die Aufklärung zusätzlich dadurch, dass es der Anti-Korruptionsbehörde (KPK) laut Gesetz verboten ist, Ermittlungen gegen die Polizei durchzuführen, wenn diese bereits eigene Ermittlungen eingeleitet hat. Ein Sprecher des Justizausschusses im Parlament, Benny Kabur, forderte, die Vermögensverhältnisse der betroffenen Generäle zu untersuchen und, falls erforderlich, juristische Schritte einzuleiten. Der noch amtierende Polizeichef Danuri hingegen verweigert jegliche Einmischung von außen.

Laut ICW haben sich die Korruptionsfälle in Indonesien im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im ersten Halbjahr 2010 verdoppelt. Bei ihren Erhebungen verwendet die ICW nur Daten von aktuellen Fällen, die von der Polizeikommission, der Anti-Korruptionskommission und der Staatsanwaltschaft untersucht werden. Es konnten 176 Korruptionsfälle mit insgesamt 441 Verdächtigen verzeichnet werden. Die Verluste durch Korruption in diesem Halbjahr werden auf 180 Millionen Euro geschätzt, die Dunkelziffer dürfte jedoch weit höher liegen. Zur effizienteren Bekämpfung der Korruption soll jedoch in nächster Zeit ein Gesetzesentwurf verabschiedet werden, der die Anti-Korruptionsbehörde mit zusätzlichen Kompetenzen

ausstattet, die bislang noch der Zuständigkeit der Polizei unterliegen. Dies schließt Ermittlungen im Bereich der Geldwäsche und Bandenkriminalität ein.

## **2. Außenpolitik – Grenzkonflikt mit Malaysia immer noch ungelöst**

### **Bilaterale Beziehungen zwischen Malaysia und Indonesien weiterhin angespannt**

Am 16.08.2010 wurden drei Beamte des indonesischen Fischereiministeriums von der malaysischen Grenzpolizei in den Gewässern um Riau festgenommen. Kurz zuvor hatten die indonesischen Grenzschutzbehörden sieben malaysische Fischer festgenommen, die sich illegal in indonesischen Gewässern aufgehalten hatten. Die Fischer riefen die malaysische Wasserpolizei um Hilfe, woraufhin die indonesischen Beamten festgenommen wurden. Die Verhaftung der Beamten löste eine Welle der Empörung aus. Obwohl die Angeklagten schon am Morgen des 17.08.2010 wieder freigesetzt wurden, sahen sich mehrere indonesische NGOs und Politiker dazu veranlasst, den indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono zu einem Krieg gegen Malaysia aufzufordern. Um die Rolle Indonesiens innerhalb der ASEAN-Staaten nicht zu beschädigen, reagierte der Präsident auf diese Forderungen nicht, sondern sprach sich für eine diplomatische Lösung der immer wieder auftretenden Grenzstreitigkeiten mit Malaysia aus.

Bei einem Treffen zwischen dem indonesischen Außenminister Marty Natalegawa und dessen malaysischen Partner Dato Anifah Aman in der Stadt Kinabulu (Borneo) am 06.09.2010 konnten die Streitigkeiten geklärt werden. Beide Minister brachten ihr Bedauern über den Grenzstreit zum Ausdruck. Sie konnten sich jedoch lediglich darauf einigen, die Behandlung der inhaftierten indonesischen Beamten in Zukunft zu verbessern und den Fall nicht vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen. Da keine konkreten Lösungsstrategien zu den offenen Grenzfragen erarbeitet werden konnten, wurde vereinbart, bis Jahresende bilaterale Treffen und weitere Verhandlungen bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu planen. Der malaysische Außenminister Anifah Aman schlug vor, in Zukunft Schiffe, die sich in Grenznähe aufhalten, mit Ortungsgeräten auszustatten. Im Falle einer Grenzüberschreitung sollen diese Schiffe zurückgerufen werden.

### **Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien**

Der Besuch des Komitees der ständigen Vertreter der Mitgliedsländer von ASEAN (Country Permanent Representatives) Anfang Juli 2010 in Berlin und Brüssel verdeutlicht das

Interesse dieser Vereinigung an der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und ASEAN. Der Besuch erfolgte im Rahmen eines Aktionsplanes, der eine erweiterte ASEAN-EU-Partnerschaft in der Zukunft vorsieht. In Brüssel fanden Treffen der Delegation mit Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland und der gesamten EU statt, außerdem eine Begegnung mit dem Generalsekretariat des Rates der EU und mit der Europäischen Kommission. In der deutschen Hauptstadt traf die Delegation auf verschiedene Vertreter des deutschen Bundestages, des Kanzleramtes sowie des deutschen Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland. Auf diese Weise hatten die Vertreter der ASEAN-Delegation die Möglichkeit, sich aus erster Hand zu informieren und ein Modell für supranationale Zusammenarbeit kennen zu lernen.

Zwischen dem ASEAN-Sekretariat (ASEC) und der EU wurde ein Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums und der Patentrechte geschlossen. Das Projekt, das ein Volumen von 5,1 Millionen Euro umfasst, folgt zwei Zielen: Der besseren Wahrung der Patentrechte in europäischen Ländern sowie dem Aufbau eines Patentamts auf der ASEAN-Ebene, das die Bedeutung der Eigentumsrechte deutlich machen soll.

Die europäisch-asiatischen Beziehungen stehen im Mittelpunkt des achten Asia-Europe Meeting (ASEM), das vom 4.-5. Oktober 2010 in Brüssel stattfinden wird. 48 Repräsentanten werden an der Veranstaltung teilnehmen, um ein neues globales Finanzsystem und Fragen nachhaltiger Entwicklung zu diskutieren. Im Vorfeld dieser Veranstaltung wurde am 16. September ein Briefing in der belgischen Hauptstadt durchgeführt, bei dem die Agenda und die Rahmenbedingungen für das ASEM8 Meeting beschlossen wurden. Ein Novum in der Geschichte der ASEM-Meetings ist die Tatsache, dass auch kulturelle Fragen in die Verhandlungsagenda aufgenommen wurden. Das ASEM-Meeting ist ein heterogener Zusammenschluss von Ländern aus Asien und Europa, wobei vor kurzem auch Neuseeland und Russland als Mitgliedsländer aufgenommen wurden.

### **3. Wirtschaft**

#### **Aktuelle Wirtschaftslage**

Laut einer Studie der UK Trade & Investment bleibt Indonesien in den Top Ten der Investitionsziele für globale Investoren. Die Studie basiert auf 520 Umfragen unter globalen Führungskräften aus allen Sektoren. Trotz unzureichender Infrastruktur und unzureichender Energie- und Stromversorgung bestätigt auch die Koordinationsbehörde für Investitionen

(BKPM), dass das Interesse von Ausländern, in Indonesien zu investieren, erheblich angestiegen sei. Die meisten Investitionen konzentrieren sich auf die Insel Java, wobei die Regierung plant, die östlichen Inselgruppen durch zeitlich begrenzte Steuerbefreiungen für Investitionen attraktiver zu machen. Die Investitionsziele der Regierung für das Jahr 2010 wurden bereits im ersten Halbjahr mit fast 60% erreicht (ein Wert von 5,7 Milliarden USD). Nach Vietnam ist Indonesien das zweitattraktivste Investitionsziel der Region Südostasien. Ein besonderes Problem ist aber das unzureichende Verkehrs- und Transportsystem, das erhebliche wirtschaftliche Schäden verursacht.

Die Prognose der Asian Development Bank (ADB) für das Wirtschaftswachstum Indonesiens im Jahr 2010 konnte nach oben korrigiert werden: Es wurde ein Wachstum von 6% prognostiziert; das tatsächliche Wachstum betrug jedoch 6,8%. Dies ist vor allem auf den hohen Binnenkonsum und eine gesteigerte Exporttätigkeit zurückzuführen. Viele ausländische Unternehmer, die aufgrund niedrigerer Lohnkosten nach China abgewandert waren, kehren nun nach Indonesien zurück. Dies führt dazu, dass die Exporte einzelner Produkte wie Schuhe, Textilien und Elektronik deutlich zunehmen werden.

Laut Finanzminister Agus Martowardojo befindet sich der Staatshaushalt auf dem richtigen Kurs. Die Staatseinkünfte werden nach seiner Prognose ungefähr 74 Milliarden USD erreichen. Da gleichzeitig die Staatsausgaben sinken, können Staatsschulden abgebaut werden, so dass das Staatsdefizit von 2,1% auf 1,5% sinken wird. Demgegenüber steht eine geringfügig steigende Inflationsrate, die zu Beginn des Jahres 5,05% betrug.

Aufgrund dieser Eckdaten stieg die internationale Wettbewerbsfähigkeit Indonesiens im letzten Halbjahr im Wettbewerbsindex um 10 Plätze auf Rang 44 von 139 Ländern. Die Ursachen dafür liegen im gesunden Bankensektor, der ungebrochenen Konsumorientierung der Bevölkerung sowie den zunehmenden Exporten.

### **Währungsreform – Redenomination der Rupiah löst gemischte Gefühle aus**

Die geplante Reduzierung des Nennwertes der indonesischen Rupiah um den Faktor 1.000 führte zu intensiven Diskussionen in Wirtschaftskreisen. So beabsichtigt die Zentralbank im Rahmen der ASEAN-Wirtschaftsintegration, die indonesische Währung bis 2018 zu vereinfachen, um den Wirtschaftsverkehr im In- und Ausland zu erleichtern. Die Demokratische Partei (PD) begründet dieses Vorhaben damit, dass eine Annäherung an die Nennwerte der anderen ASEAN-Mitgliedstaaten von Vorteil sei. Andere Parteien wie zum

Beispiel die Nationale Entwicklungspartei (PPP), die Partei der funktionellen Gruppen (Golkar) und die Partei des demokratischen Kampfes (PDI-P) lehnen diesen Vorschlag dagegen ab, da die Umstellung die indonesische Bevölkerung überfordern werde. Diese Haltung ist jedoch fragwürdig, da schon jetzt in vielen Restaurants Indonesiens die Preise um den Faktor 1.000 gekürzt angegeben werden.

Nach einer Studie der Zentralbank führt die Redenomination der Rupiah zu einer Stabilisierung dieser Währung und kann zu Einsparungen in Höhe von bis zu 1,5 Milliarden USD führen. Negative Auswirkungen auf die Wirtschaft sind danach nicht zu befürchten. Die Redenomination soll in verschiedenen Phasen durchgeführt werden. Von 2013 bis 2015 ist eine Übergangsphase eingeplant, während ab 2016 nur noch der neue Nominalwert der Rupiah gelten soll. Entsprechende gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Redenomination stehen zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch aus.

#### **4. Sonstiges**

##### **Indonesien und Norwegen: Kampf gegen Klimawandel**

Vom 18.-19. August fand zwischen Indonesien und Norwegen ein bilaterales Treffen zur Beratung über die Ausgestaltung eines gemeinsamen Klimaabkommens statt. Vorausgehend hatten beide Länder eine Absichtserklärung über ein Wiederaufforstungsprogramm unterzeichnet, das auch ein Moratorium für den gesamten Tropenholzeinschlag vorsieht. Das gemeinsame Projekt zum Kampf gegen den Klimawandel basiert auf dem Modell von REDD (Reduction of Emissions from Deforestation and Degradation of Forests), das Ausgleichszahlungen für den Waldschutz vorsieht. So erklärte sich Norwegen bereit, eine Milliarde USD zu diesem Zweck zu Verfügung zu stellen, wobei die erste Tranche nach Durchführung der vorbereitenden Maßnahmen auszuzahlen ist. Die Pilotprojekte sollen vor allem auf walddreiche Provinzen auf Sumatra und Kalimantan konzentriert sein.

Das bilaterale Programm zum Waldschutz verpflichtet Indonesien, bestehende Gesetze zum illegalen Holzeinschlag und zum Holzhandel zu implementieren und somit die Treibhausgasemissionen, die durch Abholzung entstehen, zu reduzieren. Die indonesische Regierung plant außerdem, zukünftig keine Lizenzen für die Nutzung von Torflandschaften und Primärwäldern auszugeben.

Nach einer Statistik des Forstministeriums sind in Indonesien mittlerweile zwei Millionen Hektar Waldfläche abgeholzt und in Palmölplantagen umgewandelt worden. Desweiteren habe das Ministerium mehr als 800 Bergbau- und Palmölunternehmen identifiziert, die ohne Zulassung tätig sind.

### **Umsiedlung der Hauptstadt diskutiert**

Im August sorgte eine Meldung für großes Aufsehen. Das staatliche Wissenschaftsinstitut LIPI kam zu der Erkenntnis, dass die gravierenden Infrastrukturprobleme in Jakarta nicht mehr zu beheben seien und daher eine Umsiedlung der Hauptstadt als einzige Lösung in Frage komme. Als möglicher Standort für den neuen Regierungssitz Indonesiens wurde Palangka Raya auf Kalimantan genannt, das geographisch gesehen in der Mitte Indonesiens liegt und bereits unter dem ersten Präsidenten dieses Landes, Soekarno, als Ort für eine neue Hauptstadt erwogen wurde. Obwohl eine Verlegung der Hauptstadt im Parlament wenig Anklang findet, steht der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono der Idee aufgeschlossen gegenüber. Ein Grund dafür ist die katastrophale Verkehrssituation mit einem jährlichen Zuwachs an motorisierten Fahrzeugen von etwa 15%. Dem steht ein Ausbau des städtischen Straßennetzes von gerade einmal 0,01% im gleichen Zeitraum gegenüber. Ein weiterer Faktor ist die starke Bodenversiegelung, die zu Grundwasserabsenkungen und häufigen Überflutungen führt. Die Debatte zur Verlegung der Hauptstadt hat gerade erst begonnen.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ

AUTOR: DR. ULRICH KLINGSHIRN

LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –

TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX. +49 (0)89 1258-359

E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)

ERSTELLT AM: 8. APRIL 2010